

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).

ANDERS HANDELN

Newsletter Nr. 41 vom 16. Februar 2025

Irgendwas mit Demokratie



Liebe Leserin, lieber Leser,

vielleicht hätten wir uns etwas mehr Mühe geben sollen mit der Überschrift dieser Newsletter-Ausgabe. Vielleicht aber auch nicht. »Irgendwas mit Demokratie« trifft schon ziemlich gut, was uns umtreibt. Diese Überschrift transportiert etwas von der hemdsärmeligen Unbedarftheit in diesen Zeiten bei der Frage, wie wir zusammenleben wollen. Denn (Spoiler!): Alle finden Demokratie gut. Wirklich alle. Eigentlich. Sagen wir mal: immer noch sehr viele. Zumindest die »Idee der Demokratie«. In Ostdeutschland 95 Prozent, in Westdeutschland 90 Prozent. (Nein, die Zahlen sind nicht vertauscht, sondern Ergebnis der [Leipziger Autoritarismus Studie 2024](#).)

Auch im Zeitvergleich fällt auf: das »Bekenntnis zur Demokratie« ist in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland gestiegen, nicht gefallen – so kann man zumindest die Ergebnisse des World Value Surveys lesen. Laut dessen jüngster Erhebung (2017-2022) fanden 74,4 Prozent der Befragten die Demokratie »absolut wichtig«, in vorhergehenden Studien sahen das deutlich weniger so (2005-2009: 56,6 Prozent; 2010-2014: 58,8 Prozent). Trotzdem leben wir in Zeiten, in denen viele die Zukunft der Demokratie so stark gefährdet einschätzen wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Und in denen weltweit liberale Demokratien unter Beschuss stehen.

Es ist halt so: Selbst die, die sich nach einem starken Führer oder einem Einparteiensystem sehnen oder die gegen gesellschaftliche Vielfalt sind, glauben ja, dies im Namen der Demokratie einfordern zu können, im Namen des »Volkswillens«. Die »Interessen des Volkes« werden denn auch regelmäßig gegen die demokratische Praxis in Stellung gebracht, gegen »die da oben«, gegen Institutionen und Parteien, gegen Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, gegen Minderheitenschutz und Pluralismus. Das ist jetzt nicht neu und steht wahrscheinlich so im Handbuch für Autokraten und Diktatoren. So gesehen braucht die »Demokratie«, die »Volksherrschaft«, eine stillschweigende Übereinkunft, ein soziales Kapital – zum Beispiel ein Mindestmaß an gegenseitigem Vertrauen oder den Respekt vor dem Recht –, um sich nicht selber zu sabotieren. Dieses soziale Kapital aber kann die Demokratie nicht selbst herstellen – das müssen wir alle mitbringen.

Mit dem »Bekenntnis zur Demokratie« (allein) ist es also nicht getan, wenn es um den Schutz der liberalen Demokratie geht. Das gilt auch für die vielen engagierten Menschen, die aus Sorge auf die Straße gehen und »gegen Rechts« oder »für Demokratie und Vielfalt« demonstrieren. Richtig ist: Die Selbstvergewisserung Gleichgesinnter kann stärken und Zeichen setzen. Soziales Kapital aber, an dem auch die teilhaben sollen, die demokratischeskeptisch (geworden) sind, braucht noch mehr. Nur was? Zuhören? Wahrnehmen? Echtes Interesse? Verlässlichkeit? Gemeinsinn? Hoffnung? Zuversicht – nicht nur für das eigene kleine Leben und dessen Optimierung, sondern auch für das Zusammenleben mit denen, die andere Vorstellungen haben?

Wir wollen Sie mit diesem Newsletter eine Woche vor der Bundestagswahl einladen, darüber mit uns nachzudenken. Denn »Irgendwas mit Demokratie« reicht nicht. Schreiben Sie uns Ihre Gedanken, wenn Sie wollen. Wir freuen uns, von Ihnen zu hören!

SAGEN SIE MAL, HERR SCHIERITZ ...

»AUCH PARTEIEN, DIE DEMOKRATISCH AN DIE MACHT KOMMEN, KÖNNEN DIE DEMOKRATIE ABSCHAFFEN«

Der ZEIT-Journalist Mark Schieritz warnt davor, den Mehrheitswillen mit Demokratie gleichzusetzen. AZ-Redakteur Axel Reimann wollte von ihm wissen, warum.

Herr Schieritz, beginnen wir mit der Pointe: Sind wir zu dumm für die Demokratie?

Mark Schieritz: Wir sind – wie alle Menschen – verführbar. Deshalb ist die Geschichte der Demokratie auch eine Geschichte der Einhegung des Volkswillens. Schon die Erfinder der Demokratie in der Antike haben sich Sorgen gemacht, dass Demagogen die Debatten in den Volksversammlungen dominieren. Aristoteles warnte vor einer »Alleinherrschaft« des Volkes. Deshalb ist das Mehrheitsprinzip im Grundgesetz in Rechtsnormen eingebettet. Die Menschenrechte können nicht abgewählt werden, sie sind Teil des unabänderlichen Verfassungskerns.

Was unterscheidet denn die liberale Demokratie von der Vulgärdemokratie?

Mark Schieritz: Eine liberale Demokratie zeichnet sich gerade durch diese Einbettung des Mehrheitsprinzips in rechtsstaatliche Grundsätze aus. In einer Vulgärdemokratie gilt: Mehrheit ist Wahrheit. Eine liberale Demokratie bezieht sich auf normative Grundsätze, wie sie in den Grundrechten aber auch im Sozialstaatsprinzip Ausdruck finden. Die Tatsache, dass gewählt wird, ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine lebendige Demokratie.

Der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat den Satz geprägt, dass der »freiheitliche, säkularisierte Staat« von Voraussetzungen lebe, die er »selbst nicht garantieren« könne. Stimmen Sie zu?

Mark Schieritz: Absolut. Böckenförde hat auf die Bindungskräfte der Religion verwiesen. Man kann sich auch andere Quellen des Zusammenhalts vorstellen: Eine republikanische Gesinnung oder ein Verfassungspatriotismus etwa. Aber wenn die Demokratie nicht um ihrer selbst willen wertgeschätzt wird, gerät sie unter Druck.

Multiple Krisen plus perfektionierte Desinformation plus gesellschaftliche Spaltung und Vereinzelung – der perfekte Sturm für die liberale Demokratie und ein nicht enden wollendes Fest für Populisten. Gibt es auch etwas, was Sie da optimistisch stimmen könnte?

Mark Schieritz: Man muss sich immer vergegenwärtigen, dass demokratische Werte eine

sehr hohe Anziehungskraft haben. Und zwar überall auf der Welt. Daraus kann man auch in dunklen Stunden – die wir derzeit erleben – Kraft schöpfen.

Wie schützt man die Demokratie vor der Demokratie? Oder ist schon die Frage falsch gestellt, weil man den Populisten damit auf den Leim geht?

Mark Schieritz: Eine Demokratie muss wehrhaft sein. Die Lehre aus der Geschichte ist eben, dass auch Parteien, die demokratisch an die Macht kommen, die Demokratie abschaffen können. Im Fall Deutschlands ist das Grundgesetz deshalb ziemlich klar: Parteien, die die verfassungsmäßige Ordnung gefährden, können verboten werden. Im Fall der AfD halte ich zumindest eine Prüfung der Verfassungsmäßigkeit für sinnvoll. Und wenn eine solche staatsgefährdende Partei an die Macht kommen sollte, haben alle Deutschen das explizite Recht zum Widerstand.

Mark Schieritz ist stellvertretender Ressortleiter im Politik-Ressort der Wochenzeitung »Die Zeit«. Von ihm erschien jetzt im Droemer Verlag das Debattenbuch »Zu dumm für die Demokratie? Wie wir die liberale Ordnung schützen, wenn der Wille des Volkes gefährlich wird«.

FUNDSTÜCK

WIE DEMOKRATISCH BIST DU WIRKLICH?

»Die Welt von heute ist so kompliziert! Was würdest du tun, wenn du entscheiden könntest? Wie möchtest du leben? Stell dir vor, du hättest deine eigene einsame Insel. Du kannst 20 gute Freund:innen mitnehmen, und ihr lebt dort so, wie ihr es richtig findet.« So begrüßt dieses kleine, kostenlose Chatbot-Spiel die Mitspielenden. Am Ende werden die möglicherweise überrascht sein, welche Konsequenzen ihre Antworten auf anscheinend simple Fragen haben können.

Gefunden auf <https://deine-insel.zdf.de/>

Deine Insel

Durch deine Entscheidungen hast du eine Diktatur gebaut



DER FALL

KINDER (ETWAS NÄHER) AN DIE MACHT?

Der Anteil der Älteren an der Wahlbevölkerung wird immer größer. Deren Interessen haben deshalb mehr Gewicht bei der demokratischen Willensbildung als die von Kindern und Jugendlichen. Könnte ein Wahlrecht von Geburt das ändern?

Schon seit Jahrzehnten gibt es immer wieder Stimmen, die eine Wahlbeteiligung von Kindern fordern, ein Wahlrecht von Geburt an, zum Beispiel treuhänderisch wahrgenommen durch die Eltern. »Kinder sind die Zukunft, aber an der Wahlurne kommen sie nicht vor. 14,3 Millionen Bürger unter 18 Jahren sind vom Wahlrecht zum Bundestag und damit vom wichtigsten demokratischen Grundrecht ausgeschlossen«, sagt zum Beispiel Klaus Zeh, der Präsident des Deutschen Familienverbandes (DFV). An dieser Stelle bestehe ein enormes Defizit, das beseitigt werden müsse. Der Verbandspräsident: »Grundrechte gelten von Geburt an und nicht erst ab der Volljährigkeit. Wir benötigen deshalb ein Wahlrecht von Geburt an, das stellvertretend von den Eltern ausgeübt wird, bis die Kinder wahlmündig sind – wie es bereits in anderen Fragen wie z.B. im Erb- oder Aktienrecht selbstverständlich geschieht.« Tatsächlich würde ein Kinderwahlrecht das Kalkül der Parteien und Regierenden wahrscheinlich verändern und möglicherweise

zu mehr Generationengerechtigkeit führen. Doch gegen die Forderung eines Kinderwahlrechts werden immer wieder verfassungsrechtliche und praktische Bedenken angeführt. Zwei Anträge im Bundestag, die ein Wahlrecht von Geburt an vorschlugen, wurden beide abgelehnt. Sollte dieses Thema trotzdem noch mal angegangen werden?

Was denken Sie?

ZUR UMFRAGE

Wenn Sie noch weitere Gedanken zu dieser Frage haben, schreiben Sie uns an newsletter@andershandeln.de.

Die Ergebnisse der Umfrage und eine Auswahl von Leser:innen-Reaktionen werden in unserem nächsten Newsletter veröffentlicht.

Geht. Geht nicht.
Klappt. Klappt nicht.
Oder doch?
Neuanfang.
Versuchen wir's.

Jetzt im Themenheft!



NACHGESCHAUT

DIE BOTSCHAFT DER BEFREITEN SKLAVEN

Recht und Gerechtigkeit zählen in der Bibel mehr als die Ansprüche und der Ehrgeiz der

Mächtigen. Genauso wie die Würde und die Gleichheit der Menschen.

Zugegeben: Die Bibel ist nicht die beste Lehrmeisterin, wenn es um demokratische Wahlen geht. Da liest man eher selten von Parteiprogrammen oder freien und geheimen Abstimmungen. Am ehesten noch wird das Los geworfen, um einen neuen Herrscher zu benennen, etwa als Saul zum König bestimmt wird (1. Samuel 10,21). Der so ins Amt gehobene König hatte zwar keinen Stress mit Wahlkampfveranstaltungen, musste sich aber nach seiner Ernennung umso mehr darum bemühen, sich als des Amtes würdig zu erweisen. Demokratische Ideen sind der Bibel aber keineswegs fremd. Das 2. Buch Mose erzählt zum Beispiel davon, wie das ganze Volk Israel aus der Sklaverei befreit wurde und sich der scheinbar absoluten Macht eines Herrschers widersetzte. Auch manche biblischen Grundsätze haben heute noch Bestand in unseren demokratischen Systemen, etwa die Würde und Gleichheit der Menschen, die auf der Schöpfung des Menschen als Gottes Ebenbild fußen (1. Mose 1,25). Auch dass Recht und Gerechtigkeit höher stehen als die Herrschenden, lässt sich aus den Texten der Bibel lesen. Anklänge daran finden sich im 5. Buch Mose, wo es zum Beispiel heißt, dass bei schwierigen rechtlichen Fragen ein Richter einzusetzen ist, von dessen Urteil man »weder zur Rechten noch zur Linken« abweichen soll (5. Moses 17,11). Und bei der Einsetzung eines Königs soll einer »aus deinen Brüdern« zum König erkoren werden (5. Moses 17,15) – also wohl ein Mitglied des Volkes – und dieser König soll sein Leben lang die Gesetze und Rechte studieren und sich an sie halten (5. Mose 17,19). Ein klarer Appell gegen den Machtmissbrauch und im Grunde ein Anspruch, den auch wir heute an unsere Regierenden haben. Zuletzt noch so viel: Die Bibel erzählt Geschichten von Menschen, die scheitern, irren oder Fehler machen, sich versöhnen, verzeihen und im Kontakt mit anderen einen neuen Weg betreten. Der Andere ist in diesen Geschichten kein Gegner, sondern ein potenzieller Nächster. Diese Erkenntnis hilft auch beim demokratischen Streiten.

Linda Giering

PRO UND CONTRA

SOLLTE ES EINEN EIGNUNGSTEST FÜRS WÄHLEN GEBEN?

Moderne Demokratien basieren nicht nur auf Wahlen, sondern setzen auch ein Grundverständnis von Institutionen und Abläufen voraus. Nur: Wie entscheidend sollte dieses Wissen sein?



PRO Verantwortung und Wahlrecht gehören zusammen

Nele Beste, AZ-Volontärin: Neulich saß ich mit Freund:innen zusammen, als plötzlich Fragen aufkamen wie: Ach, wir wählen den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin gar nicht direkt? Wieso muss ich eigentlich zwei Kreuze machen? Und was genau sind Überhangmandate? Diese Unsicherheiten sind mir in den vergangenen Wochen immer wieder begegnet.

Wahlen – und das politische System insgesamt – sind komplex. So komplex, dass selbst Politiker:innen manchmal ins Straucheln geraten. Wer soll da immer den Überblick behalten? Trotzdem finde ich es spannend, über eine Art »Lizenz zum Wählen« nachzudenken – also einen kleinen Test, den man vor der Stimmabgabe absolviert. Das Wahlrecht ist eine der wichtigsten Errungenschaften in unserem Land. Aber gehört dazu nicht auch die Verantwortung, sich um dieses Recht gewissenhaft zu kümmern? Dabei denke ich nicht an eine knifflige Prüfung, für die man schon Monate vorher Karteikarten schreiben muss. Eher an einen kurzen Fragebogen, der sicherstellt, dass alle Wähler:innen wenigstens die Grundlagen kennen. So einer könnte direkt mit den Wahlunterlagen verschickt werden – als Einladung, sich mit den Abläufen und Möglichkeiten der Wahl auseinanderzusetzen. So wie eine Sicherheitsunterweisung vor einer Achterbahnfahrt: Man bestätigt, dass man sich bewusst ist, worauf man sich einlässt und welche Kräfte dabei wirken.

Dabei kann man entdecken, dass Wählen mehr ist als der kurze Besuch in einem Wahllokal alle vier bis fünf Jahre. Und vielleicht ist die ein oder andere Person überrascht, wie viel die eigene Stimme tatsächlich bewirken kann – und bekommt Lust, sich noch weiter zu engagieren. Eine echte Chance für die Demokratie.



CONTRA Ungerecht und ein Weg in die Oligarchie

Kirsten Westhuis, AZ-Redakteurin: Eine Art Führerschein fürs Wählen? Ein Sachkundenachweis für Demokratie? Ausgestellt von einem regionalen Zuständigen zur Feststellung der individuellen Demokratieeignung, womöglich für 39 Euro Bearbeitungsgebühr? Nein, das würde den Weg zur Beteiligung an Politik beschränken und das braucht wirklich niemand. Dann wären wir auch keine Demokratie mehr, denn dann würde nicht mehr »das Volk« entscheiden, sondern nur jene, die es auf die Reihe kriegen, diesen Schein zu beantragen/auszufüllen/zu bezahlen. Und das hat nicht viel mit Intelligenz zu tun, sondern mit sozialer Gerechtigkeit und betrifft dann plötzlich ganze Gesellschaftsgruppen wie Hochbetagte, Menschen mit Behinderungen, psychisch Erkrankte, Menschen mit Lernproblemen, Wohnungslose, prekär Beschäftigte, berufstätige Eltern und, und, und. Die soziale Gerechtigkeit ist ein hohes Gut, das wir uns in Deutschland auf die Fahnen schreiben, auch wenn es um sie immer noch nicht gut bestellt ist, zum Beispiel wenn es um den Zugang zu Bildung geht. Wer kommt im Schulsystem

zurecht? Der, der Unterstützung im Elternhaus erfährt. Meine Befürchtung ist, dass es mit diesem Demokratie-Schein nicht anders wäre. Wer würde diesen Schein bekommen? Diejenigen, die Glück hatten in ihrer Bildungsbiografie, Herkunft, Elternhaus. Von da aus ist es gar übrigens nicht mehr weit zu einem geerbten Wahlrecht und einer Herrschaft der Wenigen, der Eliten: Oligarchie. Und außerdem: Welche Kriterien sollten da überhaupt angelegt werden? Alle, die ihre Schulpflicht erfüllt haben? Alle, die über einen einfachen Schulabschluss verfügen? Oder besser nur jene, die ein festes Einkommen haben und arbeiten gehen? Eine Entscheidung darüber, wer ein »richtiger« Bürger und wer ein Bürger zweiter Klasse ist, darf es nicht geben. Denn eine Gesellschaft, die ihre Bürgerinnen und Bürger bewertet und selektiert, hatten wir schon mal. Die Erinnerung ist 80 Jahre danach bei vielen Menschen immer noch sehr präsent. Bei einigen aber leider nicht. Und an dieser Stelle könnten wir meinetwegen gern von einer Pflicht sprechen – von der Pflicht zur Erinnerung an die Shoah, verbunden mit einem Pflichtbesuch einer KZ-Gedenkstätte. Auschwitz, Bergen-Belsen, Dachau – diese Orte zeigen jedem Einzelnen von uns, welche Verantwortung wir für die Demokratie heute tragen und wie wichtig es ist, mit der eigenen Stimme eine menschliche und demokratische Wahl zu treffen.

TIPPS

WAHRHEIT, MACHT UND ANDERE GEGENSÄTZE



Rettet die Wahrheit
von Claus Kleber, Ullstein, Berlin 2017.

»Tatsachen sind hartnäckige Dinger. Gleichgültig, was unsere Wünsche, Neigungen oder die Gebote unserer Leidenschaften sind – sie können Fakten und Beweise nicht ändern«, wusste schon der zweite Präsident der USA, John Adams. Für ihn war natürlich nicht abzusehen, wer hunderte Jahre später sein Amt übernehmen wird. Auch hierzulande scheint der Weg durch den Nachrichten-Dschungel hin zu einer ausgereiften politischen Meinung immer schwieriger. Was passiert mit einer Gesellschaft, in der Fake News Menschen manipulieren und das Vertrauen in die Politik nachhaltig erschüttern? Der Journalist

Claus Kleber ist überzeugt, dass es sich auch in einer sich ständig wandelnden Welt lohnt, für die Wahrheit zu kämpfen. *Nele Beste*



Konklave

Ein Film von Edward Berger, 121 Minuten, USA/Vereinigtes Königreich 2024.

Basierend auf dem gleichnamigen Roman von Robert Harris lässt der Film »Konklave« seine Zuschauer:innen hinter die Türen einer fiktiven Papstwahl blicken. Während Spannungen zwischen liberalen und konservativen Kardinälen zunehmen, entdeckt einer von ihnen Hinweise auf Intrigen, Bestechung und Geheimnisse, die das Konklave erschüttern könnten. Einer der Anwärter, ein unerwarteter Teilnehmer des Konklaves, wirft mit seiner mysteriösen Vergangenheit weitere Fragen auf. Als äußere Bedrohungen und interne Machtkämpfe eskalieren, fällt eine Entscheidung, die das Schicksal der Kirche für immer verändern wird. *Nele Beste*

UND DANN ...



Liebe Leserin, lieber Leser, wenn Sie Ihre Gedanken zum Newsletter-Thema mit uns und anderen Leser:innen teilen möchten, schreiben Sie uns an newsletter@andershandeln.de.

Als **Reaktion auf unseren Januar-Newsletter »Neu anfangen – geht das noch?«** haben uns zahlreiche Leserbriefe erreicht, unter anderem der von Sylvia Kusel:

Ich brauchte, als ich circa 30 war, einen Neuanfang. Der war tatsächlich dringend. Um das hinzukriegen – und nicht wieder auf der Nase zu landen, ging ich in eine Selbsthilfegruppe. Meine Beobachtung war tatsächlich, dass diejenigen, die wie ich »kurz vorm Abgrund« standen, wesentlich wacher und motivierter waren, die Schritte zu tun, die notwendig waren, als diejenigen, die nicht genau gewußt haben, mit welcher Gefahr sie eigentlich zu tun haben. Das Bewusstsein war ein völlig anderes. Es war natürlich eine sehr anstrengende Zeit damals, und ich brauchte tatsächlich sehr viel länger, als ich damals meinte, dass es gehen würde. Aber heute (mit 75) bin ich gottfroh, dass ich damals diese Möglichkeit hatte!

Von einem Neuanfang auf dem Mars, wie ihn der reichste Mensch der Welt, Elon Musk, propagiert, hält unser Leser Werner Micheli nichts:

Wenn wir weiter von allem unbedacht nehmen und uns nicht mit der Natur arrangieren, machen wir überall alles kaputt. Da nützt auch ein neuer Planet nichts.

Oktavia Zindler meint zum gleichen Thema:

Wir sind Geschöpfe dieser Erde. Unsere Entwicklung und Anpassung an die Lebensbedingungen hat seehr lange gedauert. Das Denken und Handeln tragen wir von den Urzeiten (Genen) noch in uns. Es passt nicht in die künstliche Welt, die auf dem Mars wäre. Der Mensch würde ohne seine Mitgeschöpfe und Natur zugrunde gehen. Ausserdem würden wir unser negatives Päckchen mitnehmen und dort Unheil anrichten. So wie es hier teilweise auf der Erde geschieht.

Barbara Schwarz:

Als Kind war ich fasziniert von der Vorstellung, die Tiefen des Weltalls wie in der Serie »Raumschiff Enterprise« zu erkunden. Heute sehe ich das Ganze sehr viel nüchterner. Bei aller Faszination über die Erkenntnisse der Astrophysik und die schönen Bilder von Sternen und Galaxien finde ich, dass die Milliarden, die in die Raumfahrt investiert werden, besser der Lösung drängender irdischer Probleme zugute kommen sollten. Letztlich wird eine Umsiedlung auf den Mars nur wenigen (»auserwählten«) Reichen zugute kommen, während die Mehrheit der Menschen ihrem Schicksal überlassen wird.

Bei der **Umfrage im Januar-Newsletter** (»Was halten Sie von einer Kolonisierung unseres Nachbarplaneten?«) gab es folgende Ergebnisse:

7,8 Prozent: »Unrealistisch, aber eine spannende Idee.«

75,9 Prozent: »Absolut unmoralisch. Mit dem Geld könnte man das Leben auf der Erde für so viele Menschen besser machen.«

12,2 Prozent: »Was erst mal verrückt klingt, könnte irgendwann mal das Überleben der Menschheit sichern.«

4,1 Prozent: »Weiß nicht.«

(Teilnehmende: 410)

Sie können diesen Newsletter hier weiterempfehlen.

Die nächste Ausgabe erscheint am Sonntag, 16. März 2025.

Kennen Sie schon unseren anderen, wöchentlich erscheinenden Newsletter »die andere zeit«?

Sie können ihn hier abonnieren.

Andere Zeiten e.V.
Fischers Allee 18
22763 Hamburg
Deutschland

040 / 47 11 27 57

newsletter@andershandeln.de

Redaktion: Ulrike Berg, Nele Beste, Linda Giering, Iris Macke (Gesamtverantwortung), Axel Reimann (Projektleitung), Kirsten Westhuis

Gestaltung: Jennifer van Rooyen

Illustration/Karikatur: Nadine Prange

Kopf-Illustrationen: Sarah Matuszewski

[Datenschutzerklärung](#)

[Newsletter abonnieren](#)

[Newsletter weiterempfehlen](#)

[Newsletter abbestellen](#)

Wenn Sie diese E-Mail (an: seifert@anderezeiten.de) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese **hier** kostenlos abbestellen.